

# schlaglichter

## 2011

7. Mai

Namenstag: Gisela, Silke, Helga, Olga, Gernot, Boris, Notker

### Historische Daten

**2003:** Zum ersten Mal in der Geschichte des Vatikans geht eine Frau an die Spitze einer päpstlichen Akademie. Die auf mittelalterliche Archäologie spezialisierte, italienische Professorin Letizia Pani Ermini wird zur Präsidentin der Akademie für Archäologie ernannt.

**2001:** Der berühmte Posträuber Ronald Biggs kehrt nach 35 Jahren auf der Flucht schwer krank nach England zurück. Er wird verhaftet und später zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt; 1963 hatte er bei einem Überfall auf einen Postzug gut 2,5 Millionen britische Pfund erbeutet.

**1920:** Seit 1914 hatte die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft nicht mehr getagt, heute findet sie wieder zusammen. Bis vor sechs Jahren noch hatte die Gruppe gefordert, die Kolonien auszuweiten – nun verlangt sie die Rückgabe der Kolonien. Bereits 1919 hatte das Deutsche Reich alle Kolonien verloren.

### Geburtstage

**1908:** Max Grundig, deutscher Unternehmer, entwickelte seine Firma zu einem der größten Hersteller von Rundfunkempfängern in Europa, gestorben 1989.

**1901:** Gary Cooper, US-amerikanischer Schauspieler („Zwölf Uhr Mittags“, „In einem anderen Land“), gestorben 1961.

### Todestage

**2006:** Steve Bender, deutscher Schlagersänger („Dschingis Khan“), geboren 1946.

8. Mai

Namenstag: Ida, Ulrike, Friedrich, Wulfhild, Klara

### Historische Daten

**1970:** Das letzte Album der Beatles erscheint, „Let it Be“.

**1969:** Der Film „Easy Rider“ mit Dennis Hopper und Peter Fonda feiert Premiere beim Filmfestival in Cannes.

**1886:** Der Apotheker John Pemberton bietet zum ersten Mal ein von ihm selbst erfundenes Erfrischungsgetränk an in Atlanta im US-Bundesstaat Georgia. Das ist die Geburtsstunde von Coca-Cola, damals noch mit Auszügen aus Koka-Blättern. Drei Jahre später verkauft Pemberton die Geheimformel für 2500 Dollar.

**1629:** Da immer mehr deutsche Seeleute von Piraten entführt und als Sklaven verkauft werden, richtet die Stadt Lübeck eine Sklavenkasse ein. Die Einrichtung soll die Piraten auszahlen und die Seeleute vor lebenslanger Sklaverei bewahren.

**Geburtstage**

**1962:** Tatjana Rubzowa, russische Schachspielerin (Frauen-Großmeisterin seit 1986).

**1937:** Thomas Pynchon, US-amerikanischer Schriftsteller („Die Enden der Parabel“).

**1903:** Fernandel, französischer Schauspieler („Don Camillo und Peppone“), gestorben 1971.

**Todestage**

**2002:** Tilly Lauenstein, deutsche Synchronsprecherin und Schauspielerin (u.a. „Otto - Der Katastrophenfilm“; „Sieben Monde“), geboren 1916.

66 Jahre nach dem Krieg werden Euthanasieopfer nicht immer anerkannt – Helmut Heinze deckt eine traurige Wahrheit auf

# Nazis erklärten Mutter für geisteskrank

Linda Zuber

**Dortmund.** Hübsch und selbstbewusst, sie lächelt zart in die Kamera. Kurze Zeit später ist sie alt und schwach. Die Haare hängen ihr wie Stroh vom Kopf. Ein dunkler Rand legt sich unter die Augen. Die Gestapo folterte und misshandelte sie, die Ärzte spritzten sie krank. Minna Katharina Heinze war eine gesunde und intelligente Frau, die Nazis erklärten sie für geistesgestört, ermordeten sie im Zuge der Euthanasie. Viele Jahre lang wollten Politiker ihren Tod nicht als typisches Naziverbrechen anerkennen. Und bis heute, 66 Jahre nach dem Krieg, wurde ein teuflisches Gesetz immer noch nicht abgeschafft.

### Er kämpfte allein

Leicht zittern die Hände, als Helmut Heinze (88) die Akten aus der Klarsichtfolie zieht. Der Sohn erinnert sich an den Tag, an dem er die Zeitung aufschlug und innerlich zusammenbrach. Seine Finger streichen über die Zeilen des Artikels von 1958. Heinze fasst die Textpassage zusammen: Nazi-Arzt Dr. Gorgaß, der Mann, der seine Mutter ermordete, sei begnadigt worden, wieder auf freiem Fuß. „Diese Ungerechtigkeit konnte ich nicht ertragen“, sagt Heinze. Er schwor sich damals die Wahrheit ans Licht zu bringen. Er wollte den Fall seiner Mutter aufklären. „Doch ich fühlte mich ohnmächtig, allein gelassen“, blickt Heinze zurück.

### Grausame Wahrheit

Er kämpfte allein. Mit Unterstützung konnte er von keiner Seite rechnen: Andere Opfer seien nur schwer ausfindig zu machen gewesen. Auf Politiker konnte er nicht zählen: Denn im Bundesentschädigungsgesetz von 1956 wurden die Opfer von Euthanasie und Zwangssterilisierung nicht als typische NS-Opfer anerkannt. Von Entschädigungszahlungen wurden sie ausgegrenzt. „Diese Menschen zählen damit zu den vergessenen Opfern des Dritten



Erinnerung aus besseren Zeiten: Helmut Heinze hält das Bild seiner Mutter.

Foto: Linda Zuber

Reichs“, sagt Michael Teupel, Geschäftsführer des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte zur WR. Die Opfer der Euthanasie und Zwangssterilisierten hätten anders als beispielsweise jüdische Opfer keine Lobby gehabt, die nach dem Krieg Druck auf die Regierung hätte ausüben können. „Aus bloßer Einsicht ist nämlich in den seltensten Fällen Aufarbeitung geleistet worden“, sagt Teupel. Immer habe es politischen Druck geben müssen.

Trotzdem gelang es Helmut Heinze die grausame Wahrheit über seine Mutter aufzudecken. Über viele Jahre hinweg zogen sich seine Recherchen, die er heute auch in Schulen präsentiert.

Ein jüdischer Arzt der fliehen musste, bat Minna Heinze Freunden und Bekannten seine Möbel zu schenken, dazu gab er ihr den Schlüssel seiner Wohnung. Das fiel der Gestapo auf. Zwei Mal verhörten sie die Minna Heinze, wahrscheinlich folterten und misshandelten sie die Frau, „so ist es

damals üblich gewesen“, erzählt Margret Hamm von der Arbeitsgemeinschaft Bund der Euthanasie und Zwangssterilisierten. Als Minna Heinze jedenfall nach Hause zurückkehrte, sei sie nicht mehr die selbe Frau gewesen.

### Zwangsscheidung

Für geisteskrank erklärten die Ärzte die zweifache Mutter. 1940 schließlich wird sie in die Landesheilanstalt in Hamburg eingewiesen, nachdem sie sich kritisch über Hitlers Politik geäußert hatte. „Unbequeme Menschen wurden für geistesgestört erklärt so konnte man sie ganz einfach aus dem Weg schaffen, die meisten Euthanasieopfer waren gesund“, erläutert Hamm den Fall. Bald ließen die Nazis Minna Heinze von ihrem Ehegatten zwangsscheiden. Ein NS-Mann aus dem Gesundheitsamt wird ihr Vormund.

Ein wichtiger Schritt in der Bürokratie des Regimes. Minna Heinze verlor somit den Schutz ihres Mannes, „von

nun an konnten die Nazis mit ihr verfahren wie sie wollten“, sagt Hamm. In der NS-Tötungsanstalt Hadamar stirbt die 50-Jährige am 6. März 1944. Ärzte hatten ihr Gift gespritzt und sie verhungern lassen. So brachte es Heinze ans Licht.

Er schweigt. Räumt die Akten zusammen und betrachtet das Bild seiner Mutter. Sein Gesicht verzieht sich, wie im Schmerz. Eine bedrückende Stille.

Bis heute gilt seine Mutter, wie auch über 300 000 Euthanasieopfer, nicht als typische NS-Verfolgte. Ende der 80er Jahre wagen einige Euthanasie-Überlebende den Schritt und gründen den Bund der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten. Bis dahin kämpfte jeder alleine.

Durch die gemeinsame Lobbyarbeit wird 2002 in den AKG-Härterichtlinien (Allgemeines Kriegsfolgengesetz) eine Einmalzahlung für Euthanasiegeschädigte festgelegt. Wer einen Antrag stellte erhielt 2566 Euro. „Zu dem

### HINTERGRUND

#### Erinnerungen

■ Helmut Heinze lebt heute mit seiner Frau in Lemgo.

■ Wenn er seine Mutter in der Anstalt besuchte, haben sie nie über die angebliche Krankheit gesprochen. Heinze hat sie als völlig gesund erlebt.

■ Als Jugendlicher ist er selbst nur knapp einer Zwangssterilisation entkommen. Üblich war es nämlich, die Kinder von Euthanasiegeschädigten zur Strafe geschlechtsuntauglich zu machen.

■ Stattdessen jedoch wurde Heinze als Wehrmachtssoldat an die Ostfront geschickt, „als Kanonenfutter“, wie er sagt.

■ Die Briefe, die er seiner Mutter von der Front nach Hamburg schrieb, kamen nie an.

■ Von dem Tod der Mutter erfahren er und seine Familie erst vier Monate später

### NAMEN

**Franz-Josef Overbeck**, Essener Bischof, ist gestern in Berlin als neuer katholischer Militärbischof eingeführt worden. In dem Gottesdienst in der St. Johannes-Basilika verlas der Vatikan-Botschafter, Erzbischof Jean-Claude Pénisset, die



Foto: Oliver Müller

päpstliche Ernennungsurkunde und überreichte Overbeck den Bischofsstab. Repräsentanten aus Kirche und Staat nahmen an dem Pontifikalam teil. Papst Benedikt XVI. hatte den Ruhrbischof bereits im Februar zum neuen Militärbischof ernannt. epd

**Nicolas Sarkozy** hat gestern, auf den Tag genau vier Jahre nach seiner Wahl zum französischen Präsidenten, eine schwere Schlappe einstecken müssen. 76 Prozent der Franzosen ziehen eine negative



Foto: afp

Bilanz seiner Amtszeit, wie aus einer Umfrage hervorgeht. Nur 17 Prozent sehen eine positive Bilanz. Damit stehe Sarkozy so schlecht da wie noch nie seit seiner Wahl 2007. In genau einem Jahr wird in Frankreich wieder gewählt. dapd

Soldaten erschießen Teilnehmer der landesweiten Protestmärsche

## Syrer fordern Assads Abtritt

Martin Gehlen

**Damaskus.** Trotz eines beispiellosen Aufgebots von Militär und Staatssicherheit sind gestern in Syrien erneut zehntausende Menschen gegen Präsident Baschar Assad auf die Straße gegangen. Regierungssoldaten töteten nach Angaben einer Menschenrechtsorganisation mindestens 16 Menschen.

„Wir haben gesungen, friedlich, und wir haben nicht mal einen Stein auf die Sicherheitskräfte geworfen“, berichtete ein Demonstrant aus der Stadt Homs. „Aber sie haben erwartet, bis wir den zentralen Platz erreichten und dann das Feuer auf uns eröffnet.“

Aus vielen Städten wurden Protestmärsche gemeldet, zu denen unter dem Motto „Tag der Ablehnung“ aufgerufen worden war. In Damaskus skandierten die Demonstranten „Wir wollen den Sturz des Regimes“. In den Protesthochburgen Homs und Rastan sowie der Küstenstadt Baniyas kam es zu schweren Auseinandersetzungen, bei denen die Sicherheitskräfte wieder Schusswaffen einsetzten.

Den ganzen Tag über blockierten Panzer die Zugänge



Das offizielle Foto soll den Abzug aus Daraa belegen, doch die Menschen blieben gestern aus Angst in ihren Häusern. Foto: dapd

zu den Städten. Da Syrien seit Wochen keine ausländischen Journalisten mehr ins Land lässt, fließen die Informationen nur sehr spärlich.

In Daraa, der bisherigen Hochburg der syrischen Protestbewegung, blieben die Menschen aus Angst vor Polizeigewalt in ihren Häusern. „An jeder Ecke steht in Daraa ein Panzer, es gibt keine Möglichkeit, heute eine Demonstration abzuhalten“, sagte ein Anwohner der Nachrichtenagentur AP. Landesweit sind bei den seit Wochen anhaltenden Protesten mindestens 565 Zivilpersonen sowie etwa 100 Soldaten und Polizisten ums Leben gekommen.

UN-Generalsekretär Ban Ki

Moon kündigte die Entsendung internationaler Beobachter an. Präsident Baschar Assad habe der Einreise von Teams der Vereinten Nationen in einem Telefongespräch zugestimmt, sagte Ban.

Die EU-Länder haben sich auf ein Sanktionspaket gegen Syrien geeinigt. Dazu gehören gezielte Strafmaßnahmen gegen 13 Vertreter der Regierung in Damaskus, nicht jedoch gegen Präsident Assad, wie ein EU-Diplomat gestern Agentur AFP sagte. Schritte gegen Assad sollen demnach nächste Woche gesondert diskutiert werden. Die 13 Führungsvertreter werden mit Einreiseverboten und Vermögenssperrern belegt.

Uni Bayreuth sieht sich von Guttenberg bewusst getäuscht

## „Wir sind einem Betrüger aufgefressen“

Dirk Hautkapp

**Bayreuth/Berlin.** Der Bayreuther Jurist Oliver Lepsius, Nachfolger des Doktorvaters von Ex-Verteidigungsminister Guttenberg an der Uni Bayreuth, hatte es bereits Anfang März live im Fernsehen gesagt: „Wir sind einem Betrüger aufgefressen.“

Acht Wochen später kommt der wissenschaftliche Beleg für die seinerzeit als ebenso mutig wie provokant empfundene Schlussfolgerung. Eine uni-interne Kommission zur Qualitätskontrolle in der Wissenschaft hat wochenlang getagt und jetzt bestätigt, dass der CSU-Politiker beim Abfassen seiner Promotion „vorsätzlich getäuscht hat“.

In dem 40-seitigen Bericht, den Hochschulpräsident Rüdiger Bormann am Mittwoch bei einer Pressekonferenz in Bayreuth offiziell präsentieren will, werden schwere Vorwürfe erhoben.

Danach habe sich Guttenberg immer wieder die Autorenschaft bei Texten angemaßt, die von Dritten geschrieben worden sind.

Für sein bewusstes Vorge-



Schwer belastet: Ex-Minister Karl-Theodor zu Guttenberg. Foto: dapd

hen sprächen zahlreiche Umformulierungen der Originaltexte, Umstellungen des Satzbaus oder die Verwendung von Synonymen.

Zweifel hegt die Kommission auch an dem Top-Prädikat „summa cum laude“, mit dem Guttenbergs Arbeit ausgezeichnet wurde. Tenor: Die wissenschaftliche Substanz der Arbeit rechtfertigt nicht die Höchstnote. Seinem damaligen Doktorvater Peter Häberle wird damit indirekt eine Teilschuld zugewiesen.

Guttenberg selbst hatte nach Bekanntwerden der Plagiatsvorwürfe mehrfach „gravierende handwerkliche Fehler“ eingeräumt und zugleich stets betont, „dass ich weder bewusst noch vorsätzlich getäuscht habe“.

## Vor Kandidatur war in Duisburg eine Spende an die SPD fällig

**Duisburg.** Der Duisburger SPD droht Ärger, weil sie Kandidaten für Rats- und Bezirksvertretungen nur unter der Bedingung aufgestellt haben soll, dass die Bewerber zuvor an die Parteikasse spendeten.

Laut parteiinternen Unterlagen, die der WR vorliegen, mussten sich Kandidaten bei der Kommunalwahl 2009 in einer schriftlichen Erklärung verpflichten, 250 bis 800 Euro an die Partei zu spenden. Erhielten sie nach der Wahl kein Mandat, konnten sie das Geld zurückfordern. Dies hatte die SPD unter ihrem Unterbezirksvorsitzenden Ralf Jäger so beschlossen, um die Wahlkampfkasse aufzufüllen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Joachim Pentzlin, schreibt in einem internen Vermerk: „Wer wählbar ist, wird durch das Kommunalwahlgesetz und durch das Organisationsstatut der SPD geregelt. Weitere Zugangsschranken sind rechtswidrig.“ Der ehemalige Vorsitzende Richter am Verwaltungsgericht Köln hat Angst um seine Partei: „Wegen der erheblichen Gefahren, in die die SPD Duisburg und die SPD insgesamt geraten würde“, wolle er eine konkrete Bewertung „nicht schriftlich niederlegen“. Laut Pentzlin drohen unter Umständen in „schmerzhafter Weise“ Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und des Bundestagspräsidenten wegen Verstoßes gegen das Parteiengesetz. Zudem seien die „politischen Folgen bei Fehlgriffen in diesem Bereich verheerend“.

WR